

„BRAUCHT DEUTSCHLAND EINE BEWUSSTERE, KOHÄSIVE SPRACHENPOLITIK?“

Veranstaltung der Alexander von Humboldt Stiftung und der Deutschen Welle, Bonn,
27.-29. September 2006

Von Prof. Dr. Gerhard Leitner und Dr. Georg Schütte

Vorbemerkung

Beide Institutionen waren Träger eines Expertengesprächs zu o. g. Fragestellung, das sie aufgrund ihrer Verantwortung auch für die deutsche Sprache, die Förderung von Wissenschaft und Forschung, bzw. für die Außendarstellung Deutschlands in seiner Vielfalt und deren Vermittlung über andere Sprachen unterstützten. Prof. Dr. Dr. h. c. Michael Clyne, The University of Melbourne, Forschungspreisträger der Alexander von Humboldt-Stiftung, und Prof. Dr. Gerhard Leitner (Freie Universität Berlin) konzipierten dieses Gespräch unter Mitwirkung von Prof. Dr. Heinrich Kelz (Universität Bonn) (Anlage 1). Die Teilnehmer kamen aus Wissenschaft und Praxis (s. Anlage 2).

An den Hauptvortrag von Prof. Clyne knüpften Rundtischgespräche und Vorträge an:

- | | |
|---|---|
| 1. Sprachen, Integration, mehrsprachige Gesellschaft? | 6. Sprachenpolitik des Goethe-Institutes |
| 2. Sprachen in der Schule | 7. Außenperspektiven: Die Chancen des Deutschen in der Welt |
| 3. Sprachen als Medium in Hochschule und Forschung | 8. Sprachenpolitik aus der Sicht des Auswärtigen Amtes |
| 4. Sprachen und Wirtschaft | |
| 5. Sprachen im Auslandsrundfunk | |

Prof. Leitner resümierte und wertete die Tagung unter der Fragestellung: „Brauchen wir

- eine bewusstere
- eine kohäsive
- eine nationale (und/oder europäische) Sprachenpolitik?“

Die Teilnehmer kamen überein, den Impetus zu vertiefen. Dazu gehört dieser Bericht, der im Hinblick auf die Veranstaltung des Auswärtigen Amtes zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik verfasst wurde. Die Beiträge der Veranstaltung werden unter folgender Webadresse einsehbar sein:

http://www.avh.de/de/netzwerk/veranstalt/expert_2006_index.htm
(Zieldatum: 20. Oktober; schon jetzt sind zahlreiche Beiträge vorhanden)

Das Wichtigste für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik

1. Das Verhalten in der Öffentlichkeit gegenüber dem Deutschen, Englischen und anderen Sprachen ist voller Widersprüche. Während nach außen das Deutsche immer wieder gefordert wird und ihm nach innen Verfassungsrang zugebilligt werden soll, pflegt man eine deutsch-englische Zweisprachigkeit in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens. Diese Widersprüche erschweren die Förderung des Deutschen nach außen, so wie sie das Potenzial der Sprachenvielfalt im Innern ignorieren.
2. Eine Sprachenpolitik, die als Ziel eine Veränderung des Sprachverhaltens und der Einstellungen zu Sprachen hat, muss diese Widersprüche aufgreifen und die Debatte über eine Gesamtperspektive fördern.
3. Sprachenpolitik umfasst die Spracheninnen- und die Sprachenaußenpolitik. Beide interagieren miteinander. Erfolgreiche Sprachenaußenpolitik setzt eine entsprechende Spracheninnenpolitik voraus.
4. Das Englische ist und bleibt derzeit noch die wichtigste Fremdsprache für Deutschland, Europa und die Welt (es ist aber auch vielerorts eine Migrantensprache). Das heißt nicht, dass Englisch die ausschließliche und einzige Fremdsprache (schon im frühkindlichen Fremdspracherwerb) sein muss. Das Verhältnis des Englischen zum Deutschen ist unter dem Aspekt der Funktionalität in Wissenschaft, Forschung, Medien (-Inhalten), Wirtschaft und Kultur zu überdenken, um den unreflektierten Hang zum Englischen einzuschränken.
5. Die vorhandene Sprachenvielfalt durch Migrations- und Minderheitensprachen ist zum Wohl der Muttersprachler zu fördern. Sprachen sind Ausdruck der Identität, sie haben eine Brückenfunktion zwischen den Generationen und zum Herkunftsland. Wie in vielen anderen Ländern wird das die Bereitschaft zum Deutscherwerb stärken, was Fördermaßnahmen beschleunigen können.
6. Sprachenvielfalt ist eine Ressource, die kreativ für Deutschland genutzt werden soll. Sie ist anzubieten, zu fördern, zu pflegen und als Teil der Sprachenaußenpolitik nach außen zu vermitteln. Sie ist Zeichen einer offenen, vielfältigen Gesellschaft.
7. Die Stellung des Deutschen international muss intensiv gefördert werden. Das geht über
 - eine komplementäre Ergänzung der Spracherwerbsangebote von Institutionen wie der Alexander von Humboldt Stiftung, der VW-Stiftung, dem DAAD oder dem Goethe Institut durch entsprechende mediale Angebote von Deutscher Welle und weiteren Medienorganisationen. Die Kooperation mit eher privaten oder privatwirtschaftlichen Einrichtungen, Wirtschaftsverbänden und export-orientierten Groß- und Mittelstandsbetrieben sollte darüber hinaus ausgebaut werden;
 - eine (auf diesem Wege erreichbare) Vertiefung des natürlichen Spracheninputs für Lerner sowie die Schaffung von beruflichen Perspektiven mit und dank des Deutschen;
 - einen offensiveren Gebrauch des Deutschen bei der Vermittlung von Inhalten (also nicht nur Englisch);
 - eine Stärkung seines *Images* durch die Kreativindustrie bzw. die Medien;
 - die Außenprojektion einer offenen, mehrsprachigen Gesellschaft.
8. Da nicht nur Deutsch von der Dominanz des Englischen betroffen ist, sind Kooperationen mit EU-Partnern geeignet, die sprachliche und kulturelle Vielfalt des Kontinents zu fördern. Sprachen sind *europäische Markenzeichen*, Teil des *symbolischen Potenzials* des Kontinents, das von außen so gesehen und dorthin so zu vermitteln ist.
9. Für einzelne Problemfelder, etwa die institutionalisierte Benachteiligung aller Sprachen durch Wissenschaftsdokumentationssysteme, die englischsprachige Arbeiten einseitig bevorzugen, sind z. B. im 7. Rahmenprogramm der EU komplementäre Maßnahmen einzuleiten, um diese Benachteiligungen abzuschwächen.

Das Wichtigste für Medien

1. Sprache ist Mittel

- (i) der Kommunikation und Ver-, bzw. Übermittlung von Information
- (ii) der sozialen Schichtung und der Gruppen
- (iii) der individuellen und Gruppenidentität
- (iv) des Ausdrucks der Kultur

Als solches tangiert das Thema Sprache und Sprachenvielfalt die Medien in vielfältiger Hinsicht in Bezug auf themenorientierte Sachbeiträge oder Sendungen und auf fiktionale, kreative Beiträge aller Art. Die Vielfalt potenziert geradezu die Relevanz des Themas.

2. Sprachen und Sprachenvielfalt sind essentieller Bestandteil der Vielfalt der Kultur in Deutschland, Europa, ja weltweit und das Thema sollte eingehen in

- (i) themenorientierte Beiträge und Sendungen wie Dokus, Reportagen, Nachrichtenformate (E Hintergrund) oder Gesprächssendungen
- (ii) fiktionale, teilweise realistische Beiträge oder Sendungen (Hörspiel, Film, *soaps*, etc.)

3. Unter diesen Aspekten wird die Thematik Sprachen und Sprachenvielfalt

- (i) Thema oder Inhalt, das oder der selten in den Vordergrund bildet; in der Regel wird die Thematik ein abgeleitetes Thema sein, z.B. in Verbindung mit den o.g. vier Funktionen von Sprache.
- (ii) illustriert durch den Gebrauch von Sprachen und auch den Wechsel zwischen Sprachen (den sog. Kodewechsel) – wobei teilweise Untertitel sinnvoll sein können
- (iii) illustriert durch den Akzent, bes. wenn Repräsentanten verschiedene Gruppen mitwirken
- (iv) Gegenstand von emotionalen und/oder sozialen Einstellungen zu Sprachen und Sprachenvielfalt, die sachlich dargestellt, fiktiv nach- oder dargestellt werden können
- (v) Gegenstand des Austausches von Erfahrungen unterschiedlicher *personae*

4. Innenpolitisch betrachtet tangiert die Thematik am Beispiel der Medien die

- Sozial- und Innenpolitik
- Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik unter dem Aspekt der Außenprojektion des Bildes des Landes
- Europapolitik unter dem Aspekt der Vielfalt in den Institutionen und der Länder

5. Die Thematik Sprachen und Sprachenvielfalt eignet sich in idealer Weise für eine europäische Dimension, denn sie

- (i) ist eine Wirklichkeit in allen europäischen Ländern, die durch die jüngeren Migrationsbewegungen noch verstärkt, aber in ihrer Struktur auch verändert wurde
- (ii) ist zentraler Gegenstand des Zieles der Mobilität innerhalb der EU

Insbesondere tangiert die Thematik das Problem der nationalen und insbes. der, von der EU ausgehenden Medienpolitik. Hier ist sicherzustellen, dass die Vielfalt rechtlich gefördert und nicht, im Sinne einer impliziten oder de facto Förderung anglophoner Inhalte erschwert wird.

6. Die Thematik könnte durch die Wahl europäischer Themen oder Sujets, wie z.B. eine Krimiserie innerhalb der Institutionen (Industriespionage, etc.) topikalisiert werden.

7. Wie immer man die Thematik aufgreift, sie sollte in jedem Fall in ihrer oft kontroversen und problematischen Realität, aber mit einer positiven Grundeinstellung behandelt werden. Eine positive Grundeinstellung deshalb, weil Sprachenvielfalt der Normalfall weltweit und in einem nicht zu unterschätzenden Anteil unserer Bevölkerung ist.

Keiner dieser Punkte ist absolut neu, aber ihre Wirkung kann gleichwohl verstärkt werden.

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	1
Das Wichtigste für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik	2
Das Wichtigste für Medien	3
Inhaltsverzeichnis.....	4
Was sollte erreicht werden?	5
Was ist Sprachenpolitik?.....	5
Spracheninnen- und Sprachenaußenpolitik.....	6
Das Englische.....	6
Das Deutsche.....	7
Sprachen mit einem Migrationshintergrund und Nachbar- und Weltsprachen.....	8
Mehrsprachigkeit als der ‚normale‘ Zustand	9
Sprachenpolitik als geregelte Mehrsprachigkeit	10
Eine nationale oder europäische Sprachenpolitik?	10
Prioritäten einer Sprachenaußenpolitik	11
Was könnte als nächstes passieren?	13
Anlagen	14

Was sollte erreicht werden?

Sprachbezogene Debatten in Deutschland sind diffus und voller Widersprüche. Wird in vielen Fällen einseitig die Verwendung des Deutschen selbst auf Schulhöfen gefordert, verwenden Deutschsprachige bereitwillig das Englische, wenn auch nur ein Ausländer erkennbar ist. Ja selbst, wenn dies bei Konferenzen nicht der Fall ist, werden Eröffnung und andere ‚zeremonielle‘ Funktionen auf Englisch abgehalten, ganz zu schweigen von der Überzahl englischer Vorträge. Es ist oft der des Deutschen kundige Ausländer, der sich entschuldigend auf das Deutsche zurückgreift. Werbung und öffentliche Rede *switchen* allzu gerne in das fremde Idiom – und das, wie erwähnt, angesichts der sehr strengen Einstellungen gegen die Sprachen mit einem Migrationshintergrund. Auch andere Ressourcen wurden leichtfertig vertan, wie die ansehnliche Kompetenz im Russischen.

Diese Widersprüchlichkeit des Sprachverhalten und der damit einhergehenden Einstellungen waren es, die die Organisatoren dieses Expertengesprächs bewegten, Sprachenpolitik und die Entwicklung einer mehrsprachigen Kompetenz mit einem Kreis von Experten und Multiplikatoren zu thematisieren.

Ziel des Expertengesprächs war es, die Gesamtperspektive einer Sprachenpolitik zu entwerfen, die den heutigen Anforderungen an Deutschland gerecht wird. Wichtige Faktoren für eines solche Gesamtperspektive sind u. a.

- die demografische und Gesellschaftsstruktur Deutschlands,
- die Mitgliedschaft in der Europäischen Union,
- die Funktion Deutschlands als global handelndes Land auf politischer Ebene (als Mitglied der EU oder anderer Institutionen oder als einzelner Staat), in der Weltwirtschaft, der Kultur sowie in der Wissenschaft, Forschung und Technologie.

Aus der Sicht der Sprachenpolitik geht es dabei zentral um Klärung

- der Stellung des Deutschen im Verhältnis zum Englischen;
- der Herausforderungen und Chancen die sich aus der Präsenz der Sprachen mit einem Migrationshintergrund;
- der Rolle der EU-Nachbarsprachen.;
- der Wahl geeigneter Fremdsprachen (abgesehen vom Englischen).

Gesucht sind kohäsive, d. h. miteinander vernetzbare Antworten, um das Potenzial des Landes kreativ zum Vorteil aller zu nutzen.

Was ist Sprachenpolitik?

Sprachenpolitik zielt auf eine Änderung des Sprachverhaltens, der Einstellungen zu Sprachen und der Sprachenvielfalt ab. Wir verstehen unter Sprachenpolitik eine Politik, die den gesellschaftlichen und politischen Status von Sprachen zueinander klärt und sich der Frage widmet, welche Spracherwerbsmaßnahmen eingeleitet, verstärkt oder abgelöst werden sollten, um die o. g. Ziele zu erreichen und das vorhandene Sprachenpotenzial kreativ und zum Vorteil aller zu nutzen. Der Sprachpurismus wurde ausgeklammert, da er auf das Deutsche beschränkt ist; wir gehen aber punktuell (etwa beim Stichwort „Mehrsprachigkeit als der ‚normale‘ Zustand“) darauf ein.

Sprachenpolitik ist, trotz des Begriffs, nicht allein im Sinne staatlich eingeleiteter oder gelenkter Politik zu sehen. Sie wird von vielen politischen, wirtschaftlichen, kirchlichen, kulturellen und weiteren Einrichtungen, von Verbänden, ethnischen oder anders definierten Gruppen, ja von Einzelnen gemacht und verantwortet.

Das Anliegen einer bewussteren, kohäsiven Sprachenpolitik ist angesichts der Breite der Problemstellung und der Akteure nicht einfach, aber möglich und nötig.

Spracheninnen- und Sprachenaußenpolitik

Sprachenpolitik hat zwei Seiten, eine Sprachinnen- und eine Sprachaußenpolitik. Erstere befasst sich mit Status- und Sprachenerwerbsfragen im Innern des Landes, letztere ist nach außen gerichtet. Sie ist sich den Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung bewusst und widmet sich u. a. unter den folgenden Zielen:

- (1) Förderung des Status, des Angebots und der Verwendung des Deutschen in vielfältigen Kontexten im Ausland und im Inland unter den Gästen, die dank einer Förderung nach Deutschland kommen;
- (2) Verfolgung deutscher Interessen in den Institutionen Europas in Kooperation mit den anderen Mitgliedsstaaten, indem die kulturelle und sprachliche Vielfalt Europas, einschl. des Deutschen im Konsens gefördert wird;
- (3) Integration der Aspekte der Spracheninnenpolitik, die eine Außenwirkung erzeugen wie etwa das fremdsprachige Angebot an Studiengängen für In- und Ausländer, in die Sprachenaußenpolitik;
- (4) Förderung und Vermittlung eines Bildes der internen Diversität in der Außenprojektion Deutschlands;
- (5) Förderung des Deutschen, indem sie sich dessen offensiv bedient.

Spracheninnen- und Sprachaußenpolitik interagieren also intensiv miteinander und bedingen sich, was häufig übersehen wird.

So schwächen die zahllosen Widersprüche in der Spracheninnenpolitik die Position des Deutschen außen und eine erfolgreiche Sprachenaußenpolitik. Die Vernachlässigung des Deutschen etwa in weiten Bereichen der Wissenschaft, die wachsende Umstellung auf englischsprachige Studiengänge und die alleinige Verwendung des Englischen in Konferenzkontexten unterminieren die Attraktivität des Deutschen. Die als ‚gegeben‘ hingenommene Weltgeltung des Englischen beeinflusst die gesamte Bildungspolitik, die Wirtschaft und andere Sektoren, was den Nutzen des Deutschen aus der Außenperspektive heraus schmälert. Auch die Darstellung Deutschlands als im Wesentlichen monolingual, die die interne Diversität ausblendet, übersieht deren Außendarstellungspotenzial.

Das Englische

Die weltweite Geltung des Englischen bedarf keiner Diskussion. Sie ist die am weitesten verbreitete Sprache mit der größten Zahl an Nichtmuttersprachlern, die Sprache, die am meisten gelernt und in zahllosen Kontexten, wie in den internationalen Institutionen, der UNO, in der Forschung, Wissenschaft und Bildung, im Schiffs- und Luftverkehr und im *Web* verwendet wird. Keine andere Sprache kommt ihr nahe – es sei denn, man bezieht sich nur auf die Muttersprachler oder die regionale Dichte. Hinsichtlich des einen Kriteriums sind Mandarin und Hindi vergleichbar, hinsichtlich des anderen ist Deutsch in Europa eine weiter verbreitete Regionalsprache.

Die sich aus diesen Fakten ergebende Dominanz des Englischen wird oft als gegeben, vorteilhaft und unumkehrbar angesehen. Das Englische habe mehr „Wert“ als andere Sprachen, einschl. des Deutschen und anderer Muttersprachen; es eröffne mehr Türen zur Welt. Es wäre abwegig, auf das Englische zu verzichten: es ist die dominante Verkehrssprache; es ist die (oft) einzige Verkehrssprache bei der Katastrophenhilfe, bei militärischen Friedenseinsätzen etc. In der globalen politischen Kommunikation ist es zumindest die dominante Sprache.

Aber das Verhalten öffentlicher Sprecher und Autoren, der Wissenschaft, der Wirtschaft oder Politik ist unkritisch gegenüber den Folgerungen, die sich daraus ergeben. Politik und selbst Fachverbände fördern und fordern oft das Englische fast ausschließlich, was keineswegs zwingend ist. Im Gegenteil, man übersieht leicht, dass

- sich divergierende Normen des (sog. *plurizentrischen*) Englischen in vielen Teilen der Welt herausbilden;
- Englisch als Medium von Studiengängen innerhalb Deutschlands oder in mit deutschen Mitteln geförderten Studiengängen im Ausland nicht zwingend die gewünschten Eliten anzieht und das Deutsche schwächt, wenn nicht Deutschkomponenten mit angeboten werden;
- Englisch in bestimmten Regionen, wie etwa im arabischen Raum oder in wichtigen Sphären, wo unmittelbare Reaktionen der Bevölkerung gefragt sind, nicht ausreicht;
- Sprachpolitiken, die auf die Bilingualität „Muttersprache und Englisch“ hinaus laufen, das Deutsche als Sprachoption schwächen; sie sind in zahllosen europäischen Ländern und weltweit beobachtbar;
- Englisch in der üblicherweise erreichten, beschränkten Schulkompetenz für die Kommunikation weltweit nicht ausreicht;
- die Verwendung des Englisch in intranationalen Kontexten, etwa auf Kongressen, zu bizarren Situationen führt, wenn ausländische Botschafter entschuldigend das Deutsche verwenden.

So ist es nicht das Englische, das dem Deutschen schadet, sondern die unreflektierte, auf alle denkbaren Kontexte fälschlicherweise transferierte Verwendung des Englischen durch Deutschsprachige.

Das Deutsche

Die Stellung des Deutschen in Europa wurde eben angedeutet. Es ist die Sprache mit der größten Zahl an Muttersprachlern (ca. 110 Millionen). Es hat in zahlreichen Ländern Mittel- und Osteuropas einen noch respektablen Status und wird dort noch immer in großem Umfang gelernt, auch wenn der Bedarf nach Englisch bei der jüngeren Generation stärker wächst. Die Geltung des Deutschen weltweit ist minimal. Genaue Aussagen sind schwer, da statistischen Angaben offenbar nicht über einen mittelfristigen Zeitraum kumuliert werden. Aufgrund der unter der gebildeten, jüngeren Generation zunehmenden Emigration wird seine Bedeutung zunehmen.

Diese Charakterisierung wirft zwei Fragen auf. Die Position des Deutschen ist in Deutschland, den deutschsprachigen Ländern und denen, wo es eine offizielle Funktion hat (in Luxemburg, Belgien und Italien) ungefährdet. Dennoch wird in politischen Debatten oft die fast ausschließliche Verwendung des Deutschen gefordert, was zu Lasten der noch zu besprechenden Migrantensprachen, nicht aber zu Lasten des Englischen geht.

Die zweite Frage betrifft die Verwendung des Deutschen außerhalb Deutschlands oder in der Kommunikation nach außen. Die beispielsweise nicht hinterfragte Verwendung des Englischen führt das Deutsche oft in eine Defensivlage, was noch erschwert wird, wenn Gastwissenschaftlern in deutschen Forschungsinstituten wegen der Internationalität der Forscherteams gar nicht erst nahe gelegt wird, die deutsche Sprache zu erlernen.

So wird es selbst für Institutionen wie die Alexander von Humboldt Stiftung, die Volkswagenstiftung, das Goethe Institut oder den Deutschen Akademischen Austauschdienst schwer, die zu ihren Aufgaben gehörende oder übernommene Förderung des Deutschen adäquat zu erfüllen.

Davon zu unterscheiden sind institutionalisierte Nachteile des Deutschen, ja aller Sprachen der Welt, etwa aufgrund der Zitierindizes wissenschaftlicher Literatur, die einseitig englischsprachige Publikationen favorisieren. Hier ist durch komplementäre europäische Zitierindizes Abhilfe zu schaffen, was mithilfe des 7. Rahmenprogramms der EU anzustoßen wäre.

Die unreflektierte Verwendung des Deutschen wird im Ausland und vor allem von den Institutionen, die das Deutsche bislang förderten, wie den Auslandsgermanistiken, sehr wohl wahrgenommen. Das Absinken der Studentenzahlen und die international weithin sichtbaren Schwierigkeiten, das Deutsche und die Germanistiken angemessen öffentlich bzw. aus den jeweiligen Hochschul Etats zu finanzieren, ist nicht nur eine Folge der Globalisierung und der Akzeptanz des Englischen. Es ist eben auch eine Folge der beschriebenen Situation, und es handelt sich, wie es Prof. Clyne treffend zitierte, um „eine selbstverschuldete Tragödie“, die mehr als deutlich auf den Zusammenhang der Spracheninnen- und Sprachenaußenpolitik hinweist.

Zu Recht sprach Prof. Bhatti (Jawaharlal Nehru University) davon dass das Deutsche das symbolische Kapital Deutschlands darstelle.

Sprachen mit einem Migrationshintergrund und Nachbar- und Weltsprachen

Wie in anderen westlichen Ländern auch, die traditionell keine Einwanderungsländer waren, hat die Sprachenvielfalt in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten enorm zugenommen. Städte wie Berlin, Hamburg, Köln oder Frankfurt haben einen Bevölkerungsanteil an Menschen mit einem Migrationshintergrund in der ersten oder späteren Generation, der dem in New York, Sydney oder Melbourne ähnlich ist. Mehr noch, dieser Anteil ist auch im kleinstädtischen und ländlichen Raum groß. Er spiegelt sich in den Medien wider, wobei der Anteil der aus den Herkunftsländern stammenden Quellen hoch ist. Weitgehend wird die Sprachensituation als Problem wahrgenommen: der teils offenkundige Mangel an Deutschkompetenz steht im Zentrum der Debatten, die Sprachen als Ressource für das Land werden wenig thematisiert. Gleichwohl gibt es kaum verlässliche statistische Untersuchungen zur Verbreitung der Sprachen und der jeweiligen Kompetenz ihrer Sprecher in der ersten und den folgenden Generationen, wie es Daten über die mangelnde Kompetenz im Deutschen gibt, da das Bundesamt für Statistik und die Landesämter keine Daten erheben.

Es ist unbestritten, dass Menschen mit einem Migrationshintergrund sich der deutschen Sprache bemächtigen und sie angemessen verwenden können müssen. Sehr viel wird bereits getan, um ein angemessenes Angebot an Deutschkursen bereit zu stellen, Lernniveaus zu definieren und Lehrwerke zu entwickeln. Der Erwerb des Deutschen ist auch im eigenen Interesse dieser Menschen. Gleichwohl ist die bestehende (oder zu erzielende) Zweisprachigkeit auch eine Ressource für diese Gruppen, denn die zweite Generation kann eine Mittlerfunktion zwischen der ersten und der Heimat übernehmen, die dem Ziel der Integration und des Aufbaus kultureller und anderer Kontakte mit den Ländern der Herkunft zugleich dient.

Mit Blick auf eine Spracheninnenpolitik sind diese Sprachen aber auch aus Gründen der Gleichstellung, des Bildungserfolges, der individuellen und Gruppenidentität und selbst zur Förderung des Zugangs zum Arbeitsmarkt zu akzeptieren und zu fördern (s. Stichwort „Mehrsprachigkeit“). Sie haben als Ressource für alle Schüler einen genuinen Platz im Schulsystem. Insgesamt stellen sie nach innen und außen ein Sprachpotenzial bereit, das oft übersehen wird. Würde man die Initiativen verstärken, diese Sprachen auch für Lerner ohne diesen Hintergrund anzubieten, würden sie zu einer Ressource, die Deutschland insgesamt dienen würde.

Im Sinne der europäischen Integration stellen auch die Nachbarsprachen (die teils auch aufgrund der Arbeitsmigration vorhanden sind) ein nicht zu unterschätzendes Potenzial dar. Sie fördern die europäische Integration, sind ggf. ein Wirtschafts- und Standortfaktor.

Weltpolitisch spielen besonders asiatische (und möglicherweise bald auch afrikanische) Sprachen eine erhebliche Rolle. Auch die interne Sicherheitspolitik, die grenzüberschreitende und die Exportwirtschaft wie auch die Außenpolitik könnten davon profitieren, was langsam anerkannt wird.

Die Projektion dieser internen Diversität und Offenheit nach außen stellt ein Potenzial für die auswärtige Kulturpolitik dar, das bislang nicht ausreichend genutzt wird.

Mehrsprachigkeit als der ‚normale‘ Zustand

Von wenigen Ländern wie Belgien, der Schweiz, den skandinavischen Ländern abgesehen dominiert in Europa weitgehend ein monolingualer Habitus: die Tendenz, die Sprachenvielfalt auf die Landessprache (auf das Deutsche) zu reduzieren. Weltweit gesehen ist Einsprachigkeit aber eher die Ausnahme als die Regel. Wie Prof. Neville Alexander (University of Cape Town, Südafrika) und Prof. Bhatti (JNU, New Delhi) ausführten, wäre eine analoge Tendenz weder gesellschaftspolitisch, noch wirtschaftlich, bildungspolitisch oder ethnisch in ihren Heimatländern durchzusetzen. Das öffentliche, wie das private Leben funktionieren mehrsprachig.

In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, auf die Frage des Einflusses des Englischen auf das Deutsche – die Anglizismendebatte – hinzuweisen. Die viel kritisierten Anglizismen sind ein Phänomen des Sprachgebrauchs, wie auch der sogenannte Kodewechsel, die Verwendung englischsprachiger Sätze oder Texte in der Werbung und anderswo. Sie können langfristig die Struktur des Deutschen ändern. Ein Weg, den unmotivierten Gebrauch von Lehnwörtern und Kodewechsel einzuschränken, liegt in der bewussten Sprachpflege beim Gebrauch des Deutschen, nicht aber in Gesetzen oder anderen Maßnahmen.

Sprachenpolitik als geregelte Mehrsprachigkeit

Bis vor nicht allzu langer Zeit war die Bildungspolitik in Deutschland unter dem Stichwort „Fremdsprachen“ mehrsprachig. Zwar wurde nach dem weitgehenden Wegfall der klassischen Fremdsprachen das Englische dominant, was auch auf die lange Tradition des Kontaktes mit Großbritannien zurückgeht. Aber andere Sprachen wie das Französische, Italienische, Spanische etc. hatten ‚ihren‘ Platz im Bildungssystem. Der Europagedanke förderte Europaschulen, die auch das Türkische aufgriffen.

Mit der Einführung des frühkindlichen Fremdsprachenunterrichts und unter dem Zuspruch selbst fremdsprachlicher Fachverbände wird die Erstoption zunehmend auf das Englische eingeschränkt. Eine deutsche Sprachenpolitik ist hingegen wieder multilingual zu konzipieren. Zu berücksichtigen sind neben dem Deutschen als der Sprache des Landes und dem Englischen als die globale Verkehrssprache

- die Sprachen mit einem Migrationshintergrund,
- die Minderheitssprachen Dänisch, Sorbisch und Friesisch,
- die Sprachen für die Kommunikation nach außen, also die denkbaren Fremdsprachen (und die sogenannten klassischen Fremdsprachen).

Was eine kohäsive Sprachenaußenpolitik vereinfacht, ist die Tatsache, dass manche der Migrationssprachen auch für die Außenkommunikation nutzbar sind. Das betrifft u.a.

- Spanisch
- Russisch
- Portugiesisch
- Polnisch
- Arabisch
- Türkisch

Die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik profitiert, wenn Deutschlands Diversität auch sprachlich, über die Verwendung des Deutschen und die Ausschöpfung des vorhandenen Sprachpotenzials vermittelt wird. Pluralismus ist ein Markenzeichen, so wie Deutsch zum symbolischen Kapital des Landes gehört.

Eine nationale oder europäische Sprachenpolitik?

Angesichts der politischen Realitäten Deutschlands und der Europäischen Union ist eine nationale Politik einerseits aufgrund der diffusen Verfassungswirklichkeit und andererseits aufgrund der Zuständigkeiten in der EU (wie auch der Einwirkung des Europarates in Straßburg) zumindest schwierig. Gleichwohl verhindert das nicht die Möglichkeit der Politik insgesamt. Eine deutsche Sprachenpolitik muss im Sinne der Spracheninnen- und -außenpolitik

- offen sein für die Anforderungen und Chance jenseits der Landesgrenzen;
- die Kooperation mit den Institutionen Europas, also der EU und dem Europarat, mit bedenken und entsprechende Initiativen entwerfen;
- lokale Antworten finden und/oder fördern, wo spezielle Gegebenheiten vorliegen oder ein besonderes Engagement der Bevölkerung erkennbar ist;
- insgesamt das Bewusstsein unter öffentlichen Rednern und Autoren über die mittel- und langfristigen Wirkungen des Sprachverhaltens fördern und fördern.

Die Chancen zu einer offenen deutschen Sprachenpolitik sind also angemessen groß, denn das Deutsche ist nicht die einzige Sprache, die durch die Dominanz des Englischen beschränkt wird. Auf Kooperation aufbauend, sind Antworten auf die gesellschaftliche Wirklichkeit im Lande und für die Vermittlung nach außen zu suchen. Das erfordert einen breiten gesellschaftlichen Konsens, der über professionelle Lobbyisten hinausgeht.

Mehrsprachigkeit als Potenzial – nicht englisch-deutsche Zweisprachigkeit – muss das Ziel sein.

Prioritäten einer Sprachenaußenpolitik

Angesichts der „selbstverschuldeten Tragödie“ der Schwächung des Deutschen in der Welt, wie es der frühere Minister für Wissenschaft und Kunst, Hans Joachim Meyer, ausdrückte, sind der Sinn und die Notwendigkeit einer bewussteren, kohäsiven, nationalen, aber nach außen offenen Sprachenaußenpolitik offensichtlich. Sie muss die Vernetzung, die Kohäsion nach innen suchen und fördern, denn ohne eine erfolgreiche Spracheninnenpolitik wird sie nach außen kaum erfolgreich sein. Zu bekannt und zu groß sind die Widersprüche bei unkoordiniertem Verhalten.

Ziel muss es sein, Ketten von Akteuren oder Förderungsnetzwerke zu bilden, was anhand einiger Beispiele illustriert werden kann. Man könnte denken an die Vernetzung

- (i) von Forschungs-, Austausch- und Kulturinstitutionen, also der Alexander von Humboldt Stiftung, des DAAD und des Goethe Instituts mit der Deutschen Welle und weiteren Medienorganisationen;
- (ii) von Forschungs- und Hochschuleinrichtungen im Ausland mit den im Inland tätigen Institutionen im Sinne von zumindest bilingualen Programmen;
- (iii) der weiteren Auslandsgermanistiken mit den genannten staatlichen, aber auch privaten Förderungseinrichtungen und Stiftungen – im Gegenzug zu analogen Politiken der betreffenden Länder;
- (iii) der exportorientierten Wirtschaft mit Hochschulen und der Wissenschaft und Berufsausbildung;
- (iv) der Projektion Deutschlands auch mithilfe einer stärkeren Förderung deutschsprachiger Programme nach außen, was neben der DW auch andere Medien einschließt;
- (v) Förderung eurozentrischer Komplementärmaßnahmen bei den Dokumentationssystemen in der Wissenschaft, die nicht-englische Sprachen besser dokumentieren.

Zu (i): Die Kontroverse über die Rolle der Sprache bei der Informationsübermittlung, der Präsentation eines deutschen Standpunktes, verläuft zusehends zu Lasten des deutschsprachigen Programmangebots und zugunsten des Englischen. Aus Sicht der Sprachenpolitik gehört es zur Funktion deutschsprachiger Programme, die Sprachkompetenz der Hörer und Fernsehzuschauer zu aktualisieren und sie zu befähigen, im Deutschen über aktuelle Themen zu kommunizieren. Wird dieses Programmangebot eingeschränkt, fehlt den Lernern und den Institutionen wie den Germanistiken ein wesentliches Glied im direkten Input. Sie sind letztlich auch die Multiplikatoren deutscher Standpunkte.

Auch für Forschungseinrichtungen, den DAAD und das GI, die direkt oder indirekt für die Förderung des Deutschen zuständig sind, ist die Rolle der DW zentral. Fällt sie aus,

fehlt der austauschvorbereitende und –nachbereitende Aspekt für die anderen Förderungseinrichtungen.

Diese indirekte Sprachförderungsfunktion und das Prestige des Deutschen könnten über eine offensivere Verwendung des Deutschen, etwa von Politikern, Wissenschaftlern u. a. in selektierten Kreisen – etwa speziellen Vortagsangeboten bei den Goethe Instituten – vertieft werden.

Zu (ii): Es gibt Hochschuleinrichtungen im In- und Ausland, die mit Mitteln der Bundesregierung oder anderer Institutionen gefördert werden, die

- deutsche Sprachangebote einschließen und den Übergang zu deutschsprachigen Veranstaltungen fördern (Universität Hamburg);
- mehrsprachig sind und die europäische Integration fördern (z. B. die Viadrina; teils die Universität Halle);
- bilingual Deutsch-Englisch Angebote machen (Universitätseinrichtungen in Bulgarien etc.) – offenbar ohne die Landessprache(n) einzubeziehen.

Es ist zu überlegen, ob solche bi- oder multilinguale Einrichtungen im Sinne eines Standortvorteils nicht stärker gefördert werden sollten. Ihre Außenwirkung sollte nicht unterschätzt werden.

Zu (iii): Exportorientierte Unternehmen im In- und Ausland verwenden nicht ausschließlich das Englische, sondern nutzen das Deutsche wie andere Sprachen. Von mittelständischen Unternehmen wird das Deutsche ggf. als Teil ihrer Firmen- und Produktidentität genutzt, womit sie auf ältere Tendenzen der deutschen Wirtschaft zurückgreifen, die sich ihres deutschen Ursprungs bewusst blieb. Solche Tendenzen sind in Verbindung mit ähnlich handelnden Institutionen zu stärken, ohne damit den Nutzen zu negieren.

Zu (iv): Die Projektion Deutschlands und deutscher Interessen, etwa bei internationalen Kooperationen, betrifft die zentrale Frage, ob das Englische nicht unmittelbarer und effizienter wirkt. Das Englische ist in zahlreichen Bereichen – (staatliche, kirchliche oder andere) Katastrophenhilfe, UN-Einsätze, etc. – unumstritten.

Es ist gleichwohl zu fragen, ob Englisch die einzige Verkehrssprache sein muss bzw. ob nicht vielmehr Mehrsprachigkeit unter Einschluss des Deutschen in bestimmten Kontexten wirkungsvoller sein kann. Auf die Funktion des Deutschen als Sprachinput wurde unter (i) eingegangen. Die Vermittlung von Inhalten nach und von außen sollte die europäische Realität aufgreifen und damit das Deutsche stärken. Dass das nicht ohne Folgen für die Einstellungspolitik, etwa bei Medien, Unternehmen oder Parteien bleiben kann, ist offensichtlich.

Zu (v): Darauf wurde bei dem Stichwort „Das Deutsche“ schon hingewiesen. Die Dringlichkeit dieser u. a. Maßnahmen ist hoch und lädt ein zu Kooperationen auf europäischer Ebene.

Was könnte als nächstes passieren?

Um diesen Zielen näher zu kommen, wird vorgeschlagen, geeignete Instrumentarien zu finden, die die Breite der Themen diskutiert. Erste Schritte sind:

- (1) Die Sprachenpolitik als Teil der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik diskutieren:
Diese Diskussion sollte insbesondere auf die Interdependenz der Sprachenaußen- und –innenpolitik, also auf die Außenwirkung sprachpolitischer Handelns im Inneren aufmerksam machen und Vorschläge machen, wie negative Auswirkungen vermindert werden können.
- (2) Mit weiteren Forschungsprojekten die Problematik des Deutschen als Wissenschaftssprache projektiv und (auch) historisch thematisieren.
- (3) Die Diskussion über Sprachenpolitik in Bezug zu den auf dem Expertengespräch behandelten Bereichen der Integration, Wirtschaft, den Medien und der Wissenschaft wissenschaftlich zu vertiefen.
- (4) Initiativen zur komplementären Maßnahmen in der Forschungsdokumentation auf Ebene der EU, um Publikationen in allen Sprachen Europas besser zu dokumentieren und der Bevorzugung des Englischen entgegen zu wirken.
- (5) Das Projekt „Die Macht der Sprache“ des Goethe Institutes, das im Juni 2007 in Berlin seinen Höhepunkt erreichen wird.

Weitere Schritte sollten folgen:

- (1) Die Diskussion der Sprachenpolitik in einem innerparlamentarischen Beratungskreis wäre ein weiterer Weg, um auf politischer Ebene die Debatten voranzubringen, zumal das Thema über die weithin befürwortete (dann aber sinnvollerweise wieder fallen gelassene) Forderung, dem Deutschen Verfassungsrang zuzuerkennen, noch aktuell ist (s. Anlage 3).
- (2) Das Bundesamt für Statistik und die Landesämter sollten den Zustand des Desinteresses am Potenzial der Sprachen mit Migrationshintergrund und das damit korrelierende Wissen über den Zustand der Kompetenz im Deutschen beenden und offensiv Daten, teils in Verbindung z. B. mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erheben. Das könnte u. a. über die Methodik des Mikrozensus geschehen. Eine Offenheit für die Thematik ist unverkennbar.



(telefonisch zugestimmt)



Prof. Dr. Gerhard Leitner

Prof. Dr. Michael Clyne

Prof. Dr. Georg Schütte

Anlagen

Anlage 1: Programm

Anlage 2: Teilnehmerliste

Anlage 3: Schreiben Prof. Dr. Gerhard Leitners an den Präsidenten des Deutschen Bundestages

Prof. Dr. Gerhard Leitner

Fachbereich Philosophie und
Geisteswissenschaften
Institut für Englische Philologie
Freie Universität Berlin
Goslerstr. 2 - 4
D-14195 Berlin

Telefon: +49 30 / 838 723 51

Fax: +49 30 / 838 723 23

E-Mail: leitner@philologie.fu-berlin.de

Internet: www.philologie.fu-berlin.de

Dr. Georg Schütte

Generalsekretär
Alexander von Humboldt-Stiftung
Jean-Paul-Str. 12
53173 Bonn

Telefon: +49 228 / 833 111

Fax: +49 228 / 833 216

E-Mail: dorothea.koch@avh.de

Internet: www.humboldt-foundation.de